„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

# Bald wird die Entscheidungsstunde schlagen!

Der Ausgang der Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg hat weit über Deutschland hinaus größtes Aufsehen erregt. Selbst in Canada ist diesen Wahlen, die zunächst nur innerpolitische Bedeutung haben, aufmerksamste Beachtung geschenkt worden, wie aus den oft mit großen Ueberschriften abgedruckten englischen Pressemeldungen, aus der redaktionellen Stellungnahme englisch-canadischer Organe usw. hervorging. Von Tag zu Tag wächst die Erkenntnis, daß das Schicksal Deutschlands auch das Schicksal der Welt ist, daß letzten Endes die Hauptentscheidung nicht in Genf, nicht in Paris, London oder Washington, sondern in Berlin fällt. Darauf zielte bekanntlich auch die „Winnipeg Free Preß" in ihrem überall Aufsehen erregenden Artikel „Bedeutsame Ereignisse für Canada" ab, der im „Courier" vom 20. April seinem Inhalte nach wiedergegeben worden ist.

Uns Deutsch-Canadier kann die rein parteipolitische Entwicklung in Deutschland nicht so stark interessieren wie die Frage: Wird es gelingen, das deutsche Volk aus der Tiefe seiner nationalen Not zur Höhe neuer Weltgeltung emporzuführen? Welche Männer oder welche Parteien dieses Werk vollbringen, ist für uns von untergeordneter Bedeutung, da wir als Auslandsdeutsche, nicht behindert durch kleinliche parteipolitische Erwägungen, das Kernproblem und die Lebensfrage des deutschen Volkes von einer höheren Warte aus betrachten können. Sofern wir überhaupt wirklich politisch zu denken vermögen und eine Ahnung von internationalen Zusammenhängen und Konflikten haben, sehen wir das deutsche Volk im weiter gespannten Rahmen der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Während der Deutsche im Vaterland die Flut parteipolitischer Ergüsse, die sein gesundes Urteil trüben, seine Leidenschaften aufpeitschen und seine Stellungnahme einseitig beeinflussen, über sich ergehen lassen muß, bemühen wir uns im Auslande, den Maßstab des Realpolitikers anzulegen, der Möglichkeiten, Unsinnigkeiten und Gefahren klug abwägt, sofern wir nicht selbst von engherzigem Parteigeist befangen sind.

Die deutschen Landtagswahlen verraten, von dem geschilderten Standpunkt aus gesehen, unzweideutig eine Radikalisierung der Volksmeinung, wie sie nie zuvor in gleicher Schärfe in die Erscheinung getreten ist. Die Haupttriebfeder ist die verzweifelte wirtschaftliche Lage, die der beste Nährboden für radikale Ideen ist. Das Heer der Unzufriedenen, der Hungernden, Darbenden und Arbeitslosen, die keine Zukunft und keine Aufstiegsmöglichkeit vor sich sehen, wird nur zu leicht zum willigen Werkzeug in den Händen eines stimmgewaltigen und mitreißenden Agitators. Diesem Heer schließt sich vor allem die deutsche Jugend an, die nach gründlicher Schulbildung und eifrigem Studium ins Leben hinaustritt und dann auf der Suche nach einer Lebensaufgabe, nach einem Beruf in industriellen oder gewerblichen Betrieben, in kaufmännischen Unternehmungen oder amtlichen Stellen an verschlossene Türen pocht. Da erfaßt sie die Wut gegen ein „System", das nach ihrer Auffassung die Schuld an ihrem erzwungenen Müssiggang und an der Versperrung aller Zukunftsaussichten trägt. In seltsamer Mischung von bitterster Enttäuschung und hochfliegendem deutschen Idealismus bekennt sich die Jugend zu einer neuen „Weltanschauung", klammert sich an sie, kämpft und stirbt sogar für sie, nur um den Glauben an sich und ihr Volk nicht ganz zu verlieren. Man muß diese Stimmung schon selbst miterlebt haben, um sich in die Verirrungen einer durch Hunger und Not überreizten Phantasie hineinversetzen zu können. Eine andere Frage ist es freilich, ob und inwieweit sich die aus Verzweiflung zusammengeballten Massen in der Tretmühle der praktischen Politik bewähren, da diese nach einem bekannten Wort nur „die Kunst des Möglichen" ist. Selbst Vergleiche mit Rußland oder Italien hinken bei näherem Zusehen sehr stark, da ein Volk wie das deutsche nach einem verlorenen Kriege und in seiner ungünstigen geographischen Lage — eingekeilt zwischen feindliche Mächte — ganz andere innen- wie außenpolitische Wege beschreiten muß, um nach langem Ringen einmal zum Lichte der Freiheit und zum Ruhme einer neuen Weltgeltung emporzusteigen. Aber **das** ist die große Sehnsucht und der unerschütterliche Wille aller, die im Kerker des Versailler Schanddiktates schmachten, ganz gleich, ob sie es mit echt deutscher Ehrlichkeit in alle Welt hinausposaunen, oder ob sie im Stillen unermüdlich und zäh an der Ueberwindung aller Hindernisse, die sich dem deutschen Drang nach Recht und Freiheit in den Weg stellen, mit zielbewußter Konsequenz arbeiten.

Uns scheint, daß die deutschen Wahlergebnisse der letzten Wochen zur Stärkung der deutschen Haltung in den Reparations- und Abrüstungsdebatten wesentlich beitragen werden. Die gewaltigen Fortschritte der Nationalsozialisten sind gleichbedeutend mit einem eindringlichen Warnungssignal an die Welt, daß ein hochkultiviertes Volk von fast 70 Millionen am äußersten Rande des Abgrunds steht und mit einem Verzweiflungssprung die ganze zivilisierte Menschheit in eine Katastrophe von unabsehbaren Folgen hineinreißen kann. Darum sind die deutschen Wahlen von so weittragender Bedeutung für die Welt und damit auch für Canada. Die Zeiger der Schicksalsuhr rücken unaufhaltsam weiter. Bald wird die Entscheidungsstunde schlagen.

## Polen will den Korridor entdeutschen.

Von der Polnischen Staatsbahndirektion in Danzig wurde angeordnet, daß sämtliche noch im nördlichen Korridorgebiet tätigen deutschstämmigen Eisenbahnbeamten sofort nach Kongreßpolen zu versetzen sind. Die an der Strecke Karthaus—Alte Mühle tätigen Eisenbahnbeamten mußten unter Zurücklassung ihrer Familien bereits an ihren neuen Wirkungskreis abreisen.

Das ist ein neuer Schlag gegen das Deutschtum im Korridor, der allen Verträgen und Versicherungen Polens Hohn spricht. Bei der Uebernahme der ehemaligen deutschen Gebiete versuchte seinerzeit Polen mit Versprechungen deutsche Beamte zur Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit und zum Uebertritt in den polnischen Eisenbahndienst zu veranlassen. Viele Beamte, die in der Heimat bleiben wollten und im Interesse des Deutschtums auch bleiben sollten, glaubten den polnischen Versprechungen. Ihre Hauptaufgabe war es, beschleunigt polnisches Eisenbahnpersonal anzulernen. Schon im Jahre 1925 begann dann die Versetzung deutscher Eisenbahner aus Polen und Pommerellen meist an die russische Grenze. Weil mehr als die Hälfte der deutschen Eisenbahner ist inzwischen in kleinere Orte Kongreßpolens versetzt. Ihre Kinder müssen dann polnische Schulen besuchen.

Die neue Aktion der Polnischen Staatsbahndirektion Danzig steht vermutlich im Zusammenhang mit der Entscheidung des Haager Gerichtshofs, nach der Polen in Danzig nur eine Direktion zur Verwaltung der Danziger Bahnen unterhalten darf. Wahrscheinlich wird in nächster Zeit die Staatsbahndirektion Bromberg wieder errichtet. Mit dieser Umorganisation werden die Polen voraussichtlich die Abschiebung deutscher Eisenbahnbeamter nach Kongreßpolen begründen, während es sich doch nur eine neue Entdeutschungsmaßnahme handelt.

In wie rigoroser Weise die Polen vorgehen, beweist auch der Fall eines Eisenbahners aus Pommerellen, der aus dem Dienste entlassen wurde, weil er ein Kind zu Verwandten nach Danzig gegeben hatte und es hier die deutsche Schule besuchen ließ.

## Positive Abrüstung.

„Panzerschiff als Arbeitslosenheim". Bravo! Das ist ein Musterbeispiel, wie die „Abrüstung" in positiver Weise aufgezogen werden müßte. In Canada gibts Weizen, in U.S.A. Baumwolle, in Brasilien Kaffee u.a., in Deutschland, England, Amerika, Arbeitswillige im Uebermaß. In China und anderswo herrscht Hunger und Not. Die Vermittlung fehlt, weil für die Kaufleute kein Profit zu machen ist. Da müßte die christliche Nächstenliebe größten Stils einsetzen. Wer soll vermitteln? Die Truppen, die Heere, die Kriegsschiffe, die Lastautos, die Luftfahrzeuge. Statt Kriegsmanöver praktische Nächstenliebe! Das wäre die beste Genugtuung für bisherige Nachkriegsgreuel. Das wäre die Rehabilitation der weißen Rasse als einer christlichen. Das wäre nicht Vernichtung ungeheurer Werte, sondern christliche Verwertung. Das wäre Umstellung kostspieliger Mordwerkzeuge in nicht mehr kostenden Liebesdienst. Wer soll vorangehen? Die Schwächsten zuerst: Bella gerant alii! (Andere mögen Krieg führen!) Oesterreich und Deutschland voran in der Liebe.

(Das Neue Reich, Tyrolia, Wien.)

# Weltumschau

**Reichstagssitzung am 8. Mai.** Der Aeltestenrat beschloß, den Reichstag auf den 8. Mai einzuberufen. Dies ist in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Regierung. Die Hauptaufgabe wird die Erwägung der diesjährigen Budgetvorlage, die sich auf vorläufige Schätzungen stützt, sein, doch wird die endgültige Vorlage immer noch unter Beratung sein, wenn sich der Reichstag versammelt. Es wird gehofft, daß das Budget bis Mitte Juni, wenn das Ende der Konferenz in Lausanne bevorsteht, in endgültiger Form gebracht ist.

Die Nationalsozialisten, deren Macht durch den Sieg der preußischen Landtagswahlen bedeutend gestärkt wurde, haben bereits bekannt gegeben, daß sie die Auflösung des Reichstags beantragen werden, doch dürfte dieser Antrag keine Aussicht auf Erfolg haben, da ihn keine andere Partei unterstützen wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Programms ist ein Vorschlag, das Kreuger-Darlehen zu verlängern. Die Kommunisten sagen, daß, sie eine Untersuchung der ganzen Kreuger-Lage, soweit sie Deutschland betrifft, beantragen werden.

Die Sitzung wird vier Tage dauern, ehe die Pfingstpause eintritt.

Premier Otto Bauer berief den preußischen Landtag auf den 24. Mai ein. Er wird seinen und seines Kabinetts Rücktritt sofort nach Zusammentritt des Landtages unterbreiten, aber im Amte verbleiben, bis der Landtag einen neuen Premier erwählt hat.

**Um die Regierungsbildung in Preußen.** Karl Severing, der preußische Innenminister und sogenannte „starke Mann" der Regierung, hat einem Vertreter der United Preß gegenüber erklärt, die sozialdemokratische Partei sei bereit, die Nazis Adolf Hitlers an der Regierungsgewalt in Preußen teilnehmen zu lassen.

Die Sozialdemokraten sind bisher sehr starke Gegner der Nationalsozialisten gewesen, und Severing selbst war einer von jenen, die Hitler mit am schärfsten bekämpft haben. Severing gibt zu, daß die Nationalsozialisten eine gute Gelegenheit haben, in die Regierung in Preußen einzutreten und vielleicht auch in die Regierung des Reiches.

„Die sozialdemokratische Partei sowohl wie das Zentrum," meinte Severing, „sind stark dafür, daß die Partei Hitlers sich an der Verantwortlichkeit der Regierung beteiligt. Bis jetzt haben nur die Sozialdemokraten und die Zentrumsleute die Verantwortung getragen. Jedoch würde die Teilnahme der Hitleriten an der Regierung in Preußen oder im Reiche nur dann möglich sein, wenn eine Koalition, an der sie teilnehmen, garantieren würde, daß die Grundsätze der Verfassung nicht verletzt und die Außenpolitik des Reiches fortgesetzt und unterstützt werden würde."

Die Möglichkeit eines Zusammengehens der nationalsozialistischen Partei Hitlers mit der Zentrumspartei im neuen preußischen Landtag infolge des Anwachsens der Stimmenzahl der ersteren Partei in der am Sonntag stattgehabten Wahl wird in Berlin erörtert.

Das Zentrum mit seinen 67 Sitzen im neuen Landtag wird den Ausschlag geben, und verantwortliche Mitglieder der Partei argumentieren, das Beste, was sie tun könnten, wäre die Nationalsozialisten zur Mitübernahme der Verantwortung zu zwingen, um auf diese Weise dem weiteren Anwachsen ihrer Macht Einhalt zu tun.

Die Nationalsozialisten verfügen im neuen Landtag über 162 Sitze, die zusammen mit den 67 des Zentrums einer solchen Koalition 229 Stimmen und damit eine kleine, arbeitsfähige Mehrheit verleihen würden. Wenn die Nationalsozialisten erst begonnen haben, an der Regierung teilzunehmen, so sagt das Zentrum, wären sie gezwungen, gemäßigter aufzutreten, und ihr Wachsen würde gebremst, da sie sich vor der Unmöglichkeit sehen würden, alle ihre Wahlversprechen zu halten.

**Ergebnisse der österreichischen Wahlen.** Große Stimmenzunahmen im ganzen Reich seitens der Nationalsozialisten und tatsächliche Beseitigung der Großdeutschen Partei (Anhänger der Außenpolitik des früheren Kanzlers Schober) waren die Hauptergebnisse in drei Provinzen Oesterreichs, die Landtagswahlen abhielten. Es wurde in Wien, Salzburg und Nieder-Oesterreich gewählt, während in Steiermark und Kärnten Gemeindewahlen stattfanden.

Die Sozialisten behielten die Kontrolle in Wien, während die Christlich-Sozialen in Salzburg und Nieder-Oesterreich Stimmenmehrheit behielten. Die allgemeine Richtung der Gemeindewahlen in Kärnten und Steiermark zeigte, daß die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen ihr Stärkeverhältnis aufrechterhielten, während die Großdeutschen schwer verloren und die Nationalsozialisten gewannen.

Die Nationalsozialisten, die früher keinen Sitz im Wiener Parlament hatten, gewannen 15. Die Sozialdemokraten erreichten 66 gegenüber ihren früheren 78. Die Christlich-Sozialen verloren die meisten Sitze in dieser Provinz, sie gewannen nur 19 Mandate gegenüber ihren früheren 40. Die Großdeutschen, die früher zwei Mandate hatten, erhielten überhaupt keine.

Auch in Salzburg oder in Niederösterreich, wo sie früher fünf hatten, gingen die Großdeutschen leer aus. In Niederösterreich gewannen die Nationalsozialisten acht, während sie früher nicht vertreten waren. Die Christlich-Sozialen erlangten 28 Sitze, wo sie früher 33 hatten, während die Sozialdemokraten 20 behielten und nur einen verloren.

Im Salzburger Landtag umschließt die Liste: Christlich-Soziale, 12 Sitze; Sozialdemokraten, acht Sitze und Nationalsozialisten, sechs Sitze.

**„Reparationskanal" in Frankreich.** Seit rund vier Jahren wird von der französischen Gesellschaft „Energie electrique du Rhin" am Rhein-Seitenkanal gebaut, der von Straßburg bis Basel der Oberrheinschiffahrt eine neue leistungsfähige Wasserstraße bieten soll. Ueber das Für und Wider, sowie über die politischen Hintergründe dieses Baues, der selbstverständlich dem Flußbett des Rheins erhebliche Wasermassen abzieht, ist zur Genüge geschrieben worden. Ob das Werk wirtschaftlich zu einem guten Ergebnis gelangen wird, mag die Zukunft entscheiden. Jedenfalls kann der Bau an sich in Anspruch nehmen, das größte Bauwerk dieser Art auf dem Erdball zu sein, übertrifft er doch in der Breite der Kanalsohle noch den Panama- und den Suezkanal. Auch die Länge ist beträchtlich: fast 80 Meilen. In der Nähe von Basel, wo der Kanal vom Rhein abzweigt, sind die Arbeiten schon ziemlich weit fortgeschritten. Aller Voraussicht nach wird in einigen Wochen, man rechnet mit Mitte Mai, der Kanal seiner Bestimmung übergeben. Bei Kembs wird gleichzeitig ein großes Kraftwerk erbaut, von dem man hofft, daß es nicht nur die Umgebung, sondern sogar das Innere von Frankreich mit Strom versorgen wird.

Beteiligt sind am Bau auch deutsche Firmen, allerdings nicht auf französischen Wunsch, sondern weil der ganze Bau, der sich ja im wesentlichen gegen Deutschland richtet, auf Reparationskonto von deutschen Werken errichtet wird.

**Ulster und Freistaat Irland.** Ulster, die nördliche Ecke Irlands, wo britische Sympathien am ausgeprägtesten sind, betrachtet die Entwicklung der Dinge im südlichen Irland mit mißtrauischen Augen. Das energische Verlangen des Südirländer nach einem „Vereinigten Irland", die Befürchtung neuer Kämpfe an der Grenze, und die nie einschlafende Frage des konfessionellen Unterschiedes sind die Probleme, die vielleicht wieder einen Zusammenstoß zwischen südlichen und nördlichen Irländern herbeiführen mögen. Fast täglich liest man in der Presse die Aufforderung, daß „Ulster auf der Hut" sein solle.

Unparteiische Beobachter glauben, daß die Aussichten auf die Vereinigung der beiden Hälften Irlands auf viele Jahre lang alles andere als glänzend sind. Unzählige Gegensätze tragen dazu bei, um die Aussichten auf einen Zusammenschluß auf ein Minimum herabzudrücken. Die Gegensätze sind konfessioneller, wirtschaftlicher und politischer Art. Auch der Unterschied des Temperaments der beiden Volkshälften spielt eine Rolle dabei. Trotzdem sind die Bewohner der südlichen Hälfte Irlands, des Freistaates, noch immer der Ansicht, daß die Trennung Irlands das größte Unrecht war, das die Engländer den Irländern je antaten. Sie erklären, daß die irische Frage nie vollständig gelöst sei, bevor dieses Unrecht wieder gut gemacht wurde.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage des Konfessionsunterschiedes verborgen. Seit 250 Jahren steht diese Frage im Brennpunkt des Gegensatzes. Fast jedes protestantische Heim in Ulster weist ein Bild König Wilhelms von Oranien auf, der im Jahre 1688 seinen Schwiegervater, den katholischen König Jakob II., vom Throne Englands vertrieb. Dem Gedächtnis Williams wird vom Orden der Oranien oder Orangemänner, der in Ulster weitverbreitet ist, bei jeder Gelegenheit ein Toast gewidmet. Ulster ist zu Zweidrittel protestantisch. Ein Drittel Ulsters ist katholisch und tritt für eine Vereinigung mit dem Süden ein. Die Protestanten dagegen wollen bei England verbleiben.

**Weitere Verhaftungen in Indien.** Die britische Indien-Regierung versetzte der indischen Unabhängigkeitsbewegung dadurch einen schweren Schlag, daß sie 369 Delegaten und Zuschauer verhaften ließ, als der Versuch gemacht wurde, die verbotene Jahresversammlung des Kongresses der indischen Nationalisten abzuhalten.

Schon am Freitag und am Samstag waren 300 Verhaftungen vorgenommen worden. Bekanntlich wurde auch die berühmte Führerin der Frauen Indiens, Frau Sarojini Naidu, die in dem Kongreß hätte den Vorsitz führen sollen, festgenommen und dann zu einem Jahre Kerker verurteilt.

Damit sind Gandhi und der ganze Kongreßvorstand eingesperrt, und die Zahl der Anhänger Gandhis, welche seit dem Beginn seiner zweiten Unabhängigkeitskampagne hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind, wird jetzt auf 50,000 geschätzt.

Einer Anzahl von indischen Nationalisten gelang es indessen, unter dem Glockenturm in der Hauptstraße eine Versammlung abzuhalten und fünf Beschlüsse gegen die britische Indien-Regierung zu fassen, bevor die Polizei über sie herfiel und sie sämtlich verhaftete. Die Delegaten behaupteten, daß damit der siebente Allindien-Kongreß trotz des Regierungsverbots abgehalten worden sei.

**Japan warnt den Völkerbund.** In einer Rede, die der japanische Kriegsminister, General Sadao Araki, in Osaka vor der japanischen Patriotengesellschaft Kokuhoasja, dem Hort des japanischen Imperialismus, hielt und die später vom japanischen Auswärtigen Amt und anderen japanischen Amtskreisen unter der Hand gutgeheißen wurde, erließ der Kriegsminister eine ganz ungeschminkte Warnung an den Völkerbund und an Rußland für den Fall, daß sie Japan in der Mandschurei in die Quere kommen sollten.

Japan, sagte er, habe sich vorgenommen, die Mandschurei zu einem „für Jedermann sicheren Paradies auf Erden" zu machen, und nichts, was der Völkerbund tun könne, werde Japan von seinem Wege abbringen; Japan gedenke jedem Versuch der Anwendung der Bestimmungen des Neunmächtepakts auf die Mandschurei entschlossenen Widerstand zu leisten.

Den Russen machte der kleine kräftig gebaute japanische Kriegsminister in seiner Rede den Vorwurf, daß sie durch ihre Truppenansammlung und die Verstärkung ihrer Luftstreitkräfte an der sibirischen Grenze im Norden der Mandschurei eine bedrohliche Lage geschaffen hätten.

„Wir sind außerstande zu begreifen, was diese kriegerische Vorbereitungen bedeuten", rief er aus. „Die Situation wird sehr ernst; Rußland sammelt vier Divisionen in Sibirien an der mandschurischen Grenze an. Wir können nur abwarten und zusehen, ob der Sturm losbricht.

„Es ist daher hohe Zeit, daß wir Japaner uns zu neuem von ganzen Herzen geleisteten Beistand für die neue Regierung der Mandschurei aufraffen, um eine große Zivilisation im Fernosten ins Leben zu rufen. Der Völkerbund oder Sowjet-Rußland mögen versuchen, unsere Bemühungen zu vereiteln, weil beiden unsere Tätigkeit in jener Gegend nicht genehm ist, aber wir werden uns von ihnen nicht von unserem Kurs abbringen lassen. Wir brauchen uns nicht darum zu bekümmern, was sie über uns reden mögen.

„Ein gewisses anderes Land redet von der Anwendung des Neunmächte-Pakts auf die Mandschurei. Japan wird solchem Beginnen entschlossenen Widerstand leisten."

## Wisconsin, der deutscheste Staat in U.S.A.

**Zur Jahrhundertfeier der deutschen Ansiedlungen**

D.A.J. Aus Milwaukee, Wisc., wird uns geschrieben:

Bald werden 100 Jahre verflossen sein, wo die Erstlinge der deutschen Einwanderer, Pommern, Schlesier und Posener, nach Freistadt, Kirchhayn und Cedarburg und in die Gegend von Watertown, Lebanon und Ironia kamen, unter Führung von Krause, Kindermann und von Rohr (1839—1845).

Sind wir uns dessen bewußt, daß diese Erstankömmlinge, zusammen mit den hinzuströmenden Landsleuten, die Veranlassung waren, Wisconsin zu dem deutschesten Staat der Union zu machen? Denken wir daran, daß diese Deutschen zu den Pionieren zählen, die diesen Staat, den fortschrittlichsten des Landes, zu Blüte, Wohlstand und Ansehen gebracht haben? Wer weiß, daß diese Kolonisten die ersten deutschen Kirchen und Schulen gründeten und somit den Grund legten zu dem blühenden deutschen Kirchenwesen, das diesen Staat vor anderen auszeichnet?

Da selbst die neueren Geschichtswerke diese und ähnliche Verdienste der Erstlingsdeutschen am Aufbau des Staates Wisconsin nicht genügend würdigen, bietet die Jahrhundertfeier der Ansiedlung Wisconsins durch Deutsche eine gute Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen.

Somit ergeht an alle Verwandte der Pionier-Deutschen aus den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, einerlei wo sie zur Zeit zu finden und und zu welcher kirchlichen Färbung sie sich bekennen, der Ruf zu einem Zusammenschluß, um das noch vorhandene historische Material zu retten und in einem Geschichtswerk zu veröffentlichen.

Wer Briefe oder Tagebücher, Zeitschriften, Kalender oder Gelegenheitsschriften, Bilder oder Landkarten aus jener Zeit besitzt, wird gebeten, sich ohne Verzug mit Otto Engel, 2011 North 55. Str., Milwaukee, Wis., U.S.A., in Verbindung zu setzen.

# Aenderungen im diplomatischen Dienst des Reiches

## Neue deutsche Gesandten sollen nach Südamerika gehen.

Berlin. — Aenderungen im diplomatischen Dienst des Reiches, welche erwartet werden, dürften u. a. vier Posten in Südamerika, in Brasilien, Chile, Bolivien und Venezuela, betreffen.

Dr. Walter Zechlin, der Chef des Pressebureaus des Auswärtigen Amtes, wird wahrscheinlich Gesandter in Brasilien werden; als neuer Gesandter in Chile wird Baron von Reiswitz und Kaderzin genannt, während Graf Franz von Tattenbad Gesandter in Venezuela werden dürfte. Legationsrat Maximilian König dürfte zum Gesandten in Bolivien ernannt werden.

Dr. Zechlin ist Chef des Pressebureaus des Auswärtigen Amtes seit 1926 und hat als solcher die deutschen Abordnungen auf allen wichtigen internationalen Konferenzen begleitet. Baron von Reiswitz ist bereits in Santiago bekannt, wo er 1926 Geschäftsträger war. Er steht seit 1907 im Auswärtigen Dienst und war Leiter der Abteilungen für Mittel- und Südamerika seit 1919.

Franz Graf von Tattenbach, der Zermonienmeister des Auswärtigen Amtes, ist im diplomatischen Dienst Mittel- und Südamerikas gut bekannt. Er ist 46 Jahre alt und trat 1911 in den Auswärtigen Dienst. Er war zuerst der Botschaft in Rom zugeteilt, war dann Generalkonsul in Valparaiso und bei den Legationen in Lima, Peking und Bern.

Legationsrat König ist auch 46 Jahre alt. Er war Vicekonsul in Stockholm, Leningrad, und Konsul in Prag. 1921 wurde er Konsul in Brünn und ist seit 1922 dem Auswärtigen Amt zugeteilt.

## Deutsche Wissenschaft überall nötig.

Istanbul, Türkei. — Auf der Suche nach dem antiken Theater Smyrnas haben deutsche Altertumsforscher aus dicken Schichten von Vulkanasche einen alten griechischen Tempel mit elf Kuppeln und vielen Marmorsäulen ausgegraben.

Es mußten deutsche Autoritäten auf dem Gebiet der hellenischen Altertumsforschung hinzugezogen werden, um den Charakter des Gebäudes festzustellen. Der deutsche Forscher Professor Weygant hat sich erboten, die Mittel für weitere Ausgrabungen in Smyrna aufzutreiben, weil Smyrna eine der ältesten Kulturstätten in Kleinasien war.

## Canadisches Budget.

(Fortsetzung von Seite 1)

ten Farmer C. J. Garland (Bow River, Alta.)

Mit den Konservativen und damit auch für die konservative Hochschutzzollpolitik stimmten die folgenden Abgeordneten der Vereinigten Farmer von Alberta: H. E. Spencer (Battle River), Robert Gardiner (Acadia), D. M. Kennedy (Peace River), A. Speakman (Red Deer), W. T. Lucas (Camrose), M. Luchkowitch (Vegreville), William Irvine (Wetaskiwin) sowie der Arbeiterabgeordnete Angus MacInnis (Süd-Vancouver).

Als es dann zur Abstimmung über den konservativen Hauptantrag kam, der sich auf die Annahme des gesamten Budgets bezog, schlossen sich alle Liberalenn, alle Vereinigten Farmer von Alberta, die Progressiven und Arbeiterabgeordneten

**gegen die konservative Regierung zusammen.**

Nur ein Unabhängiger A. W. Neill (Comox-Alberni) ging mit der Regierung. Die zwiespältige Haltung der Vereinigten Farmer von Alberta erregte im Unterhaus einige Heiterkeit. Sonst verliefen die Abstimmungen ohne jedwede Erregung und Sensation, da infolge der konservativen Mehrheit mit einer glatten Annahme des Budgets zu rechnen war.

**Senat und Beauharnois.**

Nach Annahme des Budgets wandte sich die Hauptaufmerksamkeit der politisch interessierten Kreise dem canadischen Senat zu, wo die Beziehungen von Senatsmitgliedern zum Beauharnois-Kraft- und Schiffahrtsprojekt auf der Tagesordnung stand. Der frühere canadische Premierminister und jetzige Senator Arthur Meighen griff ziemlich scharf die beiden liberalen Senatoren W. L. McDougald und Andrew Haydon an, da nach seiner Meinung genügend Beweis dafür vorhanden sei, daß die beiden Männer ihr öffentliches Amt zur Förderung ihrer persönlichen und finanziellen Interessen mißbraucht hätten.

## Zwei ungarische Soldaten hingerichtet.

Budapest. — Zwei frühere Soldaten, Gustav Kava und Joseph Stanislawsky, sind wegen Ermordung eines Gastwirtes gehenkt worden. Die Hinrichtung wurde von Ungarns neuem Scharfrichter, Johann Kovacs, vollzogen. Sein Vorgänger starb an einer Lungenentzündung, die sich aus einer Erkältung entwickelte, die er sich bei der letzten Hinrichtung zuzog.

Nur 60 Personen sahen die Doppelhinrichtung, aber Hunderte von Menschen standen draußen vor dem Militärgefängnis. Zwei Frauen, die sich eingedrängt hatten, wurden wieder hinausgeführt, ehe der Scharfrichter sein Werk begann. Ein Soldat fiel in Ohnmacht, als die Klapptür fiel.

Die beiden Todeskandidaten gingen gefassen auf das Schaffot. Ein pathetischer Abschied der Mutter von Kavas und des erblindeten Vaters von Stanislawsky füllten die letzten Stunden der beiden Verurteilten.